Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 103. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 4. Mai 1926

Wird das Handwerk überflüssig?

Aus Handwerkskreisen wird uns geschrieben:

Eines der Schlagworte, die man in letzter Zeit häufiger hört, ist das von der Amerikanisierung der Wirtschaft. Geheimrat Deutsch von der A. E. G. hat kürzlich gesagt, für die Zukunft müsse dem Handwerk ausschließlich als Reparatur- und Flickwerkstätten Berechtigung zugesprochen werden. Die deutsche Wirtschaft hatte vor dem Kriege einen Aufschwung genommen, der, wenn man Amerikas Reichtum an Rohmaterial, Menschen und Exportmöglichkeiten berücksichtigt, dessen Entwicklung fast überflügelte. Der Aufschwung basierte auf der deutschen Qualitätsarbeit, die, völlig verschieden von der amerikanischen Einheitsware, in erster Linie durch individuelle Ansprüche und deren Befriedigung durch individuelle Arbeit entstanden ist. Hieran hat aber das Handwerk einen sehr beachtlichen Anteil. Dieser Anteil ist so groß, daß er sich auch durch die zahlreichen und tiefgreifenden Hinderungen im Laufe der Kriegs- und Inflationsjahre nicht ausschalten ließ, denn noch immer hat sich der Tischler, der Schneider und andere Berufe einen regen Anteil an der Produktion zu sichern gewußt. Wer heute noch Wert auf geschmackvolle Umgebung — Wohnung, Kleidung — legt, läßt sich Möbel, Kleider und möglichst viel von den Kleinigkeiten des täglichen Lebens nach seinen persönlichen Ansprüchen und Geschmacksrichtungen anfertigen. Wo dies nicht möglich ist, entsteht leicht Kitsch, auf jeden Fall uniforme Massenware, weil die Massenherstellung in ihrer Produktion von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen muß wie der Handwerker. Der deutsche Markt — wie der europäische überhaupt — wird sich nicht mit der Einheitsware abfinden lassen, wie es beim amerikanischen Markt der Fall ist. Weder vom kulturellen noch vom geschmacklichen Standpunkte aus ist eine Uniformierung erwünscht, wie sie sich in Amerika als Folge der Ausschaltung der handwerklichen Produktion herausgebildet hat. Es wird immer wieder verkannt, daß Amerika durch die gewaltigen Kriegsgewinne und die ungehinderte Ausnutzung des Weltmarktes in der Kriegs- und Nachkriegszeit seine wirtschaftliche Vormacht begründete und dadurch die Mittel errang, die Herstellungsmethoden zu verfeinern, aber auch den Geschmack zu mechanisieren. Auch in Amerika wird der Mangel an handwerklicher Produktion bitter empfunden und der amerikanische Käufer schätzt die größere Auswahl und das bessere Eingehen auf die Wünsche und Bedürfnisse des Konsumenten in Europa als Vorteil.

Die gesellschaftliche Wichtigkeit des Mittelstandes, insbesondere des Handwerks in der Bedeutung für den Staat und das Bürgertum ist so bekannt, daß hierauf nur hingewiesen zu werden braucht. Eine zufriedene, arbeitswillige und auch selbstbewußte Mittelschicht zu erhalten sollte stets Sorge der Leiter in Regierung und Wirtschaft sein. Gerade das Handwerk hat sich darin hervorgetan, daß es in der Zeit der äußersten Verwirrung und Arbeitsunlust die volle Produktionsfähigkeit entwickelte und sich dessen wohl bewußt blieb, daß das eigene Wohl von dem des Volksganzen abhängt.

Von besonderem Werte sind aber die Verdienste des Handwerks bei der Ausbildung des Nachwuchses. Wie das Handwerk sich Institute zur Verbesserung der Betriebsvorgänge und technischer und geschmacklicher Ausbildung seiner Glieder geschaffen hat, haben besonders in letzter Zeit energische und erfolgversprechende Bestrebungen zur Ausbildung des Nachwuchses eingesetzt. Der Kleinbetrieb, der die Lehrlinge und Gesellen in einer bei der Industrie unmöglichen Vielseitigkeit ausbildet, verschafft ihnen damit eine ganz genaue Kenntnis des Materials, die dem handwerklich vorgebildeten Facharbeiter besonders in den höher entwickelten Industrien vor dem nur dort ausgebildeten Facharbeiter einen Vorsprung gewährt. Auch hier würde der Fortfall der Handwerksbetriebe oder ihre Beschränkung auf bloße Reparaturarbeiten einen Ausfall bedeuten, der sich äußerst nachteilig auswirken würde.

O. J. S.

Die Frage der Ratsumbildung.

Der Zusammentritt der Genfer Studienkommission.

Zu der am 10. Mai beginnenden Tagung des Prüfungsausschusses für die Umbildung des Völkerbundrates, an der als Vertreter Deutschlands der Pariser Botschafter von Hoesch teilnehmen wird, werden Frankreich, England, Italien und Belgien außer ihren politischen Delegierten auch die Rechtssachverständigen entsenden, die im Sommer 1925 in London zusammen mit dem deutschen Rechtssachverständigen, Ministerialdirektor Gauß, die juristischen Vorarbeiten für den Rheinpakt geleistet haben. Die politischen Vertreter der genannten vier Staaten sind Paul Boncour, Lord Robert Cecil, Scialoja und de Brouckere.

Wie weiter gemeldet wird, soll in einer Fühlungnahme unter den Mächten als Basis für die Verhandlungen der Studienkommission ein dahingehender Vorschlag formuliert worden sein, daß der Völkerbundrat vergrößert und drei Kategorien von Ratsitzen geschaffen werden sollen, und zwar:

1. Ständige Sitze, die ausschließlich den Großmächten vorbehalten bleiben. Das würde bedeuten, daß in der Septembertagung nur Deutschland einen neuen ständigen Sitz erhält. Die Zahl der ständigen Sitze könnte nur erhöht werden, wenn etwa die Vereinigten Staaten oder die russische Sowjetunion Mitglieder des Völkerbundes werden sollen.

2. Halbständige Sitze, die zunächst für die Dauer von sechs Jahren vergeben werden, mit dem Recht der Wiederwahl dieser Ratmitglieder nach Ablauf der sechsjährigen Frist. Bei der Einrichtung dieser halbständigen Sitze ist in der Hauptsache an Spanien, Polen, Brasilien und die Kleine Entente gedacht.

3. Nichtständige Sitze, die auf die Dauer von drei Jahren vergeben werden. Nach Ablauf der Frist bleibt eine Wiederwahl derselben Inhaber der nichtständigen Sitze ausgeschlossen.

Außer der Organisation des Völkerbundrats dürfte auch die Frage der Einstimmigkeit eine wichtige Rolle spielen. Es besteht besonders bei den Großmächten aus politischen Gründen keine Geneigtheit, mit dem Prinzip der Einstimmigkeit zu brechen.

1 500 000 Arbeiter streiken.

Unvermeidlicher Generalstreik in England.

Gegenmaßnahmen der englischen Regierung.

Die englische Regierung hatte angesichts der Generalstreikdrohung der Gewerkschaften die Arbeiterführer nochmals zur Beratung zu sich gebeten, um den Streik, der für das englische Wirtschaftsleben von katastrophalen Folgen sein kann, nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Verhandlungen sind indessen nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden, nachdem die Regierung von den Gewerkschaftsführern die Zurückziehung der Generalstreikparole sowie die Verurteilung eines Presseeingriffes durch die Buchdrucker in der Redaktion der „Daily Mail" gefordert hatte, was indessen von den Gewerkschaften abgelehnt wurde. Wenn nicht im letzten Augenblick ein Wunder geschieht, beginnt also in England am Dienstag früh der Generalstreik. Von diesem Streik würden etwa 1½ Millionen Arbeiter des Transportgewerbes und der damit zusammenhängenden Betriebe betroffen werden.

In einer Proklamation an die Bevölkerung ersucht die Regierung, die Ruhe zu bewahren. Weiter wird in dieser Kundgebung betont, daß die Regierung alle Schritte unternommen hat, um bei Beginn des Generalstreiks die Zufuhr von Nahrung, Feuerung, Licht und Elektrizität zu sichern und alle Personen zu schützen, die sich in den Dienst der Aufrechterhaltung des Gesetzes und der Ordnung stellen. Es wird weiter versichert, daß die Gefahr des Eintretens von Nahrungsmittelnot nicht besteht. Allerdings soll der Verbrauch von Kohlen stark rationiert werden. An zahlreichen Stellen des Landes sind Rekrutierungsämter für die Technische Nothilfe eingerichtet worden, die bereits einen großen Erfolg aufzuweisen haben, da sich viele tausende Bürger ihnen zur Verfügung gestellt haben. Auch das königliche Luftgeschwader wird in den Kampf gegen den Generalstreik eingesetzt werden, um zum Transport von Truppen und der Post verwandt zu werden. Die Stimmung in London ist sehr erregt. Enorme Menschenmengen, die noch größer sein sollen als die am Abend vor der Kriegserklärung 1914, haben sich vor den Ministergebäuden angesammelt und erwarten neue Nachrichten über die Lage.

Aufruf des deutschen Bergarbeiterverbandes.

Sympathietelegramm an die englischen Arbeiter.

Wie aus Essen gemeldet wird, hat der Alte Bergarbeiterverband einen Aufruf erlassen, in dem er mitteilt, daß er „getreu dem Brüsseler Beschluß den Transport von Kohlen nach Großbritannien verhindern wird". Er hat sich zu diesem Zweck bereits mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und mit den anderen für diese Frage in Betracht kommenden Verbänden in Verbindung gesetzt und wird mit diesen die betreffenden Maßnahmen beraten. Der Bergarbeiterverband empfiehlt im Anschluß daran die Abwehr aller Versuche, Überschichten aufzunehmen, die zur Verstärkung der Arbeitslosigkeit im eigenen Lande und zur Verschlechterung der Lage der englischen Kameraden beitragen würde. In maßgebenden Bergbaukreisen Deutschlands wird angenommen, daß die in diesem Verband organisierten Bergarbeiter allerdings gemäß den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz die Lieferung von deutschen Kohlen nach England selbst ablehnen werden, während sie sich voraussichtlich wegen einer Belieferung der sogenannten bestrittenen Gebiete durch die Konferenzbeschlüsse von Brüssel nicht für gebunden halten werden. Das würde also bedeuten, daß alle die Gebiete mit Ausnahme des englischen Inselreiches mit deutscher Kohle beliefert werden können, in denen die englische Kohle in Konkurrenz mit der deutschen steht.

Wie aus Heerlen berichtet wird, haben die holländischen Bergarbeiter ein Sympathietelegramm an den Englischen Bergarbeiterbund gesandt, in dem zum Ausdruck kommt, daß man den englischen Bergarbeitern die vollste Unterstützung in Übereinstimmung mit den von der Internationalen Gewerkschaftszentrale dem Holländischen Gewerkschaftsbund auferlegten Verpflichtungen gewähren wird.

Kapitalbeschaffung und Börse.

Zur Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer.

Der Kapitalbedarf der Wirtschaft wird auf die Dauer durch Aufnahme langfristiger Kredite allein nicht befriedigt werden können. Das seither bestehende Mißverhältnis zwischen der Beteiligung des Kapitalmarktes am verantwortlichen Kapital (Aktien) und lediglich darlehnsweise aufgenommenem Geschäftskapital (Obligationen usw.) muß man als ungesund und zweckwidrig kennzeichnen. Die Kapitalbeschaffung durch die Emission von Aktien wird daher mehr als bisher in den Vordergrund treten müssen. Um junge Aktien in erheblichen Beträgen günstig unterzubringen, ist ein lebhafter Umschlag der Wertpapiere an der Börse erforderlich. Der ist aber nur dann vorhanden, wenn Kauf und Verkauf der Wertpapiere nicht allzu schwer belastet sind. Zu den Belastungen des Einzelgeschäfts an der Börse gehört u. a. auch die Börsenumsatzsteuer. In ihrem Bestreben, die Beschaffung von Betriebskapital zu Bedingungen zu fördern, die die Fortsetzung ertragreicher Arbeit und damit die Fernhaltung der Arbeitslosigkeit von breiten Schichten der Bevölkerung sichern, hat die Reichsregierung bekanntlich durch die Verordnung vom 29. April 1926 die Börsenumsatzsteuer für Anschaffungsgeschäfte über Aktien und andere Anteile weiterhin erheblich ermäßigt.

Die stärkste Luftmacht der Welt.

Englands Luftstreitkräfte.

Der englische Minister für Luftfahrt, Hoare, wies in einer Rede darauf hin, daß Englands Luftstreitkräfte, obwohl sie der Zahl nach bei weitem nicht die größte Luftflotte der Welt darstellen, doch die stärkste Luftmacht der Welt sind. Der Minister trat weiter für die Schaffung von Reichsluftverkehrswegen ein. Er führte dazu aus: Auf solchen sachgemäß vorbereiteten Flugwegen kann unsere Luftstreitmacht rasch und sicher von einem Ende des Reiches zum anderen geworfen werden. Wenn so die Flugwege markiert und vorbereitet sind und die Geschwader rasch von einem Gebiet des Reiches zum anderen gelangen können, dann wird, wie ich glaube, das Land sich bewußt werden, daß die durch die Luftwaffe uns gebrachte Beweglichkeit der Streitkräfte tatsächlich ein Mittel zur Erzielung von Ersparnissen bedeutet.

Amerikanische Hoteliers bei Hindenburg.

Eine Besuchsreise durch Deutschland.

Auf einer Besuchsreise durch Deutschland sind etwa 300 amerikanische Hoteliers zu mehrtägigem Aufenthalt in Berlin eingetroffen, wo ihnen zu Ehren alle größeren Hotels Flaggenschmuck angelegt haben.

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine Abordnung der Vereinigung der amerikanischen Hotelfachleute, die aus 10 Herren unter Führung des Vorsitzenden, Green, bestand und von dem Reichstagsabgeordneten Nolte eingeführt wurde. In der längeren Unterhaltung, die sich an die Vorstellung der Herren knüpfte, gab der Reichspräsident der Hoffnung Ausdruck, daß der Besuch der amerikanischen Hoteliers in Deutschland dazu beitragen möge, das Verständnis für Deutschland zu erweitern und die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu stärken. Die amerikanischen Herren sprachen dem Reichspräsidenten gegenüber ihre Dankbarkeit für den freundlichen Empfang aus, den sie an allen Orten Deutschlands gefunden haben; sie seien überzeugt, daß dieser Besuch wesentlich zur Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika beitragen werde.

Schwere Autounfälle.

Bei Freistadt und Frankfurt a. d. O.

Bei Freistadt ereignete sich ein schweres Automobilunglück. Das Auto des Herausgebers der Linzener